Landtag
Nordrhein-Westfalen
15. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 15/327
10.11.2011

Innenausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

10. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:05 Uhr

Vorsitz: Monika Düker (GRÜNE)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

a) Beratungsverfahren zum Integrationsgesetz (Drucksache 15/2944) **7**

Gegen die Zusammenfassung der Vorsitzenden Monika Düker, alle Fraktionen sprächen sich für eine Beteiligung des Innenausschusses aus und forderten sie auf, den Vorsitzenden des federführenden Ausschusses auf diesen Wunsch hinzuweisen und ihn zu bitten, um dies zu gewährleisten den Zeitplan nach hinten zu verschieben, erhebt sich ebenso kein Widerspruch wie gegen ihre Ankündigung, den Punkt für die Innenausschusssitzung am 1. Dezember in Brühl vorzusehen, sollte keine Änderung des Zeitplans vonseiten des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration erfolgen.

b) Berichtsanforderung der Fraktion Die Linke zu dem Komplex „Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien) und dem LKA NRW zur Bekämpfung von sogenannter ‚Computerkriminalität‘„ (s. Anlage) (s. a. Vorlage 15/1104) **8**

Der Punkt soll unter „Verschiedenes“ behandelt werden.

c) Antrag „Abschiebungen nach Syrien stoppen – Rücknahmeabkommen aussetzen“ **9**

Die Fraktion Die Linke zieht den Antrag

Abschiebungen nach Syrien stoppen – Rückübernahmeabkommen aussetzen“
Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1907 (Neudruck)

zurück.

Der TOP 6 entfällt damit.

d) Gesetzentwurf „Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren“ **9**

Der Ausschuss zeigt sich einverstanden, den unter 2. vorgesehenen TOP

Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren
Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312
Vorlage 15/563
(s. a. Ausschussprotokoll 15/228)

heute nicht zu behandeln.

1 Initiative der Bundesregierung zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes unterstützen – Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste des Technischen Hilfswerks und der sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes sichern **10**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1073

(s. a. Ausschussprotokoll 15/245)
– abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr

Diskussion

Die Vorsitzende stellt Einvernehmen der Fraktionen fest, auf die abschließende Beratung und Abstimmung heute zu verzichten.

2 Unsere Polizeibeamten schützen – Auch linksextremistische Gewalt muss entschieden bekämpft werden! **14**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2861

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Diskussion

Gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, der Minister möge – im Sinne der CDU-Fraktion – zur Präsentation von bildlichen Einsatzdokumentationen in das Lagezentrum im Ministerium einladen, erhebt sich kein Widerspruch.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

3 NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt (Anlage) **24**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1196

(s. a. Ausschussprotokoll 15/207)

– abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation –

Diskussion

Der Ausschuss verzichtet, da der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke *(Drucksache 15/3271)* und der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen *(s. Anlage)* ohnehin nur im federführenden Ausschuss zur Beratung und Abstimmung stehen, im Einvernehmen aller Fraktionen auf ein Votum.

4 20. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit **26**

Vorlage 15/615

und:

Stellungnahme der Landesregierung zum 20. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit **26**

Vorlage 15/868

Bericht des Landesbeauftragten für Datenschtz und Informationsfreiheit

Diskussion

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen, den 20. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht 2011 des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit – Vorlage 15/615 – und die Stellungnahme der Landesregierung hierzu – Vorlage 15/868 – zur Kenntnis zu nehmen.

5 Bundeslagebild Menschenhandel 2010 des Bundeskriminalamtes (TOP beantragt von der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; s. Anlage) **38**

Vorlage 15/942

Diskussion

6 Erneute Prügelattacke auf Polizisten (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) **43**

Vorlage 15/947

(keine Diskussion)

7 Jahresbericht der ZIS 2010/2011 zu den Zahlen über gewalttätige Ausschreitungen im Zusammenhang mit Fußballspielen und NRW-Initiative „Mehr Sicherheit bei Fußballspielen in NRW“ (TOP beantragt vom Minister für Inneres und Kommunales) **44**

Vorlage 15/963

Stellungnahme des Ministers für Inneres und Kommunales

Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen aller Fraktionen darauf, den Punkt in die Tagesordnung für die Sitzung am 15. Dezember aufzunehmen.

8 Verschiedenes **45**

hier: **Berichtsanforderung der Fraktion Die Linke zu dem Komplex „Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien) und dem LKA NRW zur Bekämpfung von sogenannter ‚Computerkriminalität‘“** (s. Anlage) **45**

(s. a. Vorlage 15/1104)

Stellungnahme des Landespolizeidirektors

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

a) Beratungsverfahren zum Integrationsgesetz (Drucksache 15/2944)

Vorsitzende Monika Düker teilt die Absicht des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration mit, die am 9. November durchgeführte Anhörung in seiner Sitzung am 30. November auszuwerten und am 14. Dezember abschließend zu beraten und zu beschließen. Vor dem 14. Dezember tage der Innenausschuss aber nur noch einmal, und zwar in Brühl. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum plane man für den 21. oder 22. Dezember.

Serdar Yüksel (SPD) verweist auf die positiven Expertenstimmen zu dem Gesetzentwurf. Da das Gesetz schon am 1. Januar 2012 in Kraft treten solle, bitte er, sich wegen des Termindrucks wenn, dann in der auswärtigen Sitzung mit dem Gesetzentwurf zu befassen und gegebenenfalls ein Votum abzugeben.

Theo Kruse (CDU) ruft in Erinnerung, der Landtag und die verschiedenen Landesregierungen beschäftigten sich seit ca. zehn Jahren auch fraktionsübergreifend mit dem Thema Integration, unter anderem im Rahmen der Integrationsinitiative und nun im Zuge der Beratung eines Gesetzentwurfs unter Beteiligung nahezu aller Ausschüsse. Angesichts eines Zeitraums von bisher zehn Jahren halte er die für die Erörterung dieses anspruchsvollen Gesetzentwurfs gesetzte Frist für außerordentlich eng und in dieser Enge auch nicht für notwendig. Einen solchen Zeitdruck lehne seine Fraktion ab, zumal sie eine Reihe von Änderungsvorschlägen unterbreiten wolle.

Die CDU-Fraktion rege einen Vorstoß der Vorsitzenden in Richtung einer großzügigeren Terminierung an.

Im Übrigen habe auch der Vorsitzende des mitberatenden Haushalts- und Finanzausschusses angekündigt, in der Sitzung am 1. Dezember noch einmal über den Beratungszeitraum zu befinden.

Vorsitzende Monika Düker betont, der Innenausschuss als mitberatend könne nicht den oben skizzierten „Fahrplan“ des federführenden Ausschusses umwerfen. Als Möglichkeit bleibe allerdings, eine Sondersitzung des Innenausschusses anzuberaumen.

Horst Engel (FDP) sieht die Problematik genauso wie Theo Kruse. Als Lösung falle ihm nur ein, mit der Sitzung in Brühl anstatt um 14 Uhr um 13 Uhr zu beginnen und den Punkt „Integrationsgesetz“ dort zu beraten. – Dem ständen organisatorische Gründe entgegen, wirft **Vorsitzende Monika Düker** ein.

Anna Conrads (LINKE) schließt für ihre Fraktion einen eventuellen Verzicht auf eine inhaltliche Diskussion des Gesetzentwurfs in diesem Ausschuss aus und fordert, sollte eine Ausdehnung der Zeitspanne – sie erscheine auch ihr unangemessen kurz, zumal nach Auswertung der Anhörung sicherlich auch noch innerfraktioneller Beratungsbedarf bestehen werde – durch den federführenden Ausschuss nicht zustande kommen, eine intensive Sondersitzung des Innenausschusses nur zu diesem Thema.

Matthi Bolte (GRÜNE) wertet den Vorschlag, den Punkt in die Tagesordnung der auswärtigen Sitzung aufzunehmen, als sinnvoll. Ließe er sich nicht realisieren, könnte der Punkt in Brühl zumindest anberaten werden, um dann zu entscheiden, entweder auf ein Votum zu verzichten oder dieses in einer kurzen Sondersitzung abzugeben.

> Gegen die Zusammenfassung der Vorsitzenden Monika Düker, alle Fraktionen sprächen sich für eine Beteiligung des Innenausschusses aus und forderten sie auf, den Vorsitzenden des federführenden Ausschusses auf diesen Wunsch hinzuweisen und ihn zu bitten, um dies zu gewährleisten den Zeitplan nach hinten zu verschieben, erhebt sich ebenso kein Widerspruch wie gegen ihre Ankündigung, den Punkt für die Innenausschusssitzung am 1. Dezember in Brühl vorzusehen, sollte keine Änderung des Zeitplans vonseiten des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration erfolgen.

b) Berichtsanforderung der Fraktion Die Linke zu dem Komplex „Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien) und dem LKA NRW zur Bekämpfung von sogenannter ‚Computerkriminalität‘„
(s. Anlage) (s. auch Vorlage 15/1104)

Vorsitzende Monika Düker kündigt eine kurze Stellungnahme des Ministers für Inneres und Kommunales unter „Verschiedenes“ an und kritisiert die Nichteinhaltung der überfraktionell festgelegten Frist für die Einreichung von Anfragen durch die Linken. Eine detaillierte schriftliche Auskunft zu den einzelnen Ziffern werde später erfolgen.

Die Vorsitzende mahnt, sich künftig an die Vereinbarung, die Aufnahme von Tagesordnungspunkten spätestens sieben Tage vor der Sitzung – also bis Donnerstag der Vorwoche – anzumelden, um der Landesregierung die Chance einer qualifizierten Beantwortung zu eröffnen, zu halten.

Anna Conrads (LINKE) erklärt sich wegen der von ihr überhaupt nicht infrage gestellten Unmöglichkeit, über die einzelnen Fragen innerhalb von 24 Stunden detail-

liert Auskunft zu erteilen, natürlich mit einer weiteren schriftlichen Beantwortung einverstanden. – Hinter der Kurzfristigkeit der Anfrage verberge sich im Übrigen keine böse Absicht und nicht die versteckte Ankündigung, in Zukunft immer so verfahren zu wollen.

c) Antrag „Abschiebungen nach Syrien stoppen – Rückübernahmeabkommen aussetzen“

Anna Conrads (LINKE) begründet den Wunsch ihrer Fraktion nach Absetzung dieses Tagesordnungspunktes mit der Aussicht auf einen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und Linken.

Die Fraktion Die Linke zieht den Antrag

Abschiebungen nach Syrien stoppen – Rückübernahmeabkommen aussetzen“
Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1907 (Neudruck)

zurück.

Der TOP 6 entfällt damit.

d) Gesetzentwurf „Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren“

Der Ausschuss zeigt sich einverstanden, den unter 2. vorgesehenen TOP

Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren
Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312
Vorlage 15/563
(s. a. Ausschussprotokoll 15/228)

heute nicht zu behandeln.